

Antrag des FDP-Ortsverbandes Hellerdorf an den Landesparteitag der FDP

Der Landesparteitag fordert die Bundestagsfraktion der FDP auf, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, mit dem Ziel, die bisherige restriktive Praxis hinsichtlich der Anerkennung der Hoch- und Fachschulabschlüsse von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion in ausgewählten Berufen zu überprüfen.

Begründung:

Seit 1990 sind ca. 2,5 Millionen Menschen aus dem postsowjetischen Raum, offiziell als Spätaussiedler bezeichnet, in die Bundesrepublik eingewandert; insgesamt sind seit den 70er Jahren etwa fünf Millionen Aussiedler aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Sie bilden heute ca. ein Drittel der 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die ihren Wohnsitz in Deutschland auf Lebenszeit eingerichtet haben. Zu den wichtigen Merkmalen dieser Bevölkerungsgruppe gehören vor allem der im Vergleich zu den anderen ethnischen Minderheiten höhere Bildungsstand und die höhere soziale Mobilität. Dennoch werden diese Menschen in den Statistiken der Bundesbehörden, so auch der Bundesagentur für Arbeit, undifferenziert als Bestandteil des unbewältigten Problems einer fehlgeschlagenen Integration gesehen. Diese Statistiken weisen aus, daß die Arbeitslosigkeit unter den Migranten doppelt so hoch ist als bei der einheimischen Bevölkerung (20,1 % gegenüber 10 %), daß deren Anteil an den Sozialhilfeempfängern ca. 22 % gegenüber 2,9 % ausmacht und daß auch die Langzeitarbeitslosigkeit bei diesem Segment der Bevölkerung doppelt so hoch ist als im Landesdurchschnitt. Die Zahlen scheinen denjenigen Recht zu geben, die den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen der bisherigen Einwanderung in Frage stellen und kritisieren, die ungenügend gesteuerte Zuwanderung belaste lediglich die Sozialsysteme unseres Landes. Wie berechtigt dieser Befund auch sein mag, ein Wandel zum Besseren würde ohne eine weitere Öffnung der Arbeitsmärkte für die Migranten nicht möglich sein. Ein erster Schritt zu diesem Ziel könnte nach Empfehlung von Deutsche Bank Research in der Einführung eines Punktesystems liegen, welches geeignet wäre, die Zuwanderer bereits in der Einreisephase nach Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnissen zu evaluieren. Dieses im Entwurf des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes vorgesehene Verfahren wurde später vom Vermittlungsausschuß gestrichen. Ein weiteres Hemmnis für die stärkere Nutzbarmachung des Migrantenpotentials stellen restriktive Vorschriften dar, die die Anerkennung der aus dem Ausland stammenden Fachabschlüsse und Zeugnisse bislang verhindern. Dabei ist nach Ansicht renommierter deutscher Wissenschaftler das Ausbildungsniveau bestimmter Berufsgruppen in Osteuropa – das mittlere medizinische Personal, Zahnärzte und – techniker, Mathematik-, Musik- und Sportlehrer, Erziehungs- und Pflegepersonal – ausreichend, um den Besitzern solcher Abschlüsse sofort oder nach der Teilnahme an einführenden Schnellkursen die Berufsausübung in Deutschland zu ermöglichen. Die bereits vorhandenen Studien bescheinigen vielen, u.a. jüdischen Einwanderern aus Rußland, Absolventen renommierter Hochschulen und Universitäten von Petersburg und Moskau, daß sie in fachlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen nicht nachstehen. Angesichts der fortschreitenden Alterung unserer Gesellschaft und wachsender Defizite an qualifizierten Arbeitskräften, die durch Anwerbung ausländischer Spezialisten in der Art der mißglückten Green-Card-Kampagnen nicht kompensiert werden können, bedeutet eine weitere Ignorierung des Fachwissens der osteuropäischen Migranten eine unsinnige Verschwendung des Humankapitals unseres Landes.

Für den Ortsverband

Dr. Sergej Henke und die weiteren Mitglieder des Ortsvorstandes